

Entlastung bei den Lernmittelkosten

Weniger Lernmittelkosten für die Eltern ist das Ziel einer Gesetzesinitiative der SPD-Fraktion. Schrittweise sollen die Kosten für die Anschaffung von Schulbüchern für die Eltern auf maximal ein Drittel der Anschaffungskosten reduziert werden. SPD und CDU stimmten dem Entwurf zu, die FDP, deren Gegenentwurf keine ausreichende Unterstützung fand, enthielt sich.

Das Gesetz sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Entlastung der Eltern in Rheinland-Pfalz. „Der Zugang zu Bildung muss für alle offen sein, das darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein“, sagte **Bettina Brück (SPD)**. Schon durch die Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten habe die Landesregierung bewiesen, dass ihr das Thema Bildungskosten wichtig sei. Unbestritten fielen zu jedem Schuljahres-

beginn bedeutende Kosten für die Anschaffung neuer Schulbücher an. Auch bisher stelle die Landesregierung in bestimmten Fällen die Bücher kostenlos zur Verfügung. Nun sollten zu maximal einem Drittel des Ladenpreises Bücher ausgeliehen werden können. Die Schulträger übernehmen die zusätzlichen Kosten. Die Einführung beginne im kommenden Schuljahr in den Klassenstufen 5 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen.



Bettina Dickes (CDU) kündigte die Zustimmung ihrer Fraktion zum SPD-Entwurf an. Der FDP-Gegen-

entwurf sei dagegen derzeit nicht finanzierbar. Die CDU habe weitere Forderungen, die sich im aktuellen Entwurf nicht widerspiegeln. So sollten Schulbücher maximal dreimal in die Entleihung gehen.

„Darauf haben Eltern ein Anrecht, indem sie sich mit Geld an der Ausleihe beteiligen, besteht ein Anspruch auf die aktuellsten Ausgaben.“ Wenn man ein neues System einführe, sei dies immer eine große Umstellung, Schüler und Schulen müssten erst Erfahrungen sammeln. Daher plädiere sie dafür, mit der Lernmittelfreiheit in den Grundschulen zu beginnen. „Es sind weniger Schüler mit kleineren Klassen und daher besser geeignet um das System einzuüben“, betonte Dickes. Die Verantwortlichen vor Ort kritisierten die kurze Vorbereitungszeit für die Umstellung. Sie habe aber volles Verständnis dafür, „dass Sie dieses Gesetz noch in ihrer Regierungszeit umsetzen wollen“, sagte Dickes an die Adresse der Landesregierung.



Die FDP halte es für sinnvoll, eine echte und vollständige Lernmittelfreiheit einzuführen, sagte **Nicole Morsblech (FDP)**. Auch sie fände eine Umsetzung beginnend in den Grundschulen sinnvoller als die jetzt vorge-



sehene Regelung. Der SPD-Entwurf sei daher ein Schritt in die richtige

Richtung, lasse aber zu viele Wünsche offen. So fehle eine Perspektive für den Einstieg in eine echte Lernmittelfreiheit. Jährlich müsse das Land 3,7 Millionen Euro für die zusätzliche Bürokratie in das Ausleihsystem stecken. Die FDP habe einen realistischen Finanzierungsrahmen für einen Einstieg in das System der Lernmittelfreiheit vorgelegt. Dass die SPD einen Entwurf propagiere, für den die Schüler später als Erwachsene mit Zinsen und Zinseszinsen bezahlen müssten, sei nicht die richtige Lösung. „Wir müssen uns aber damit abfinden, dass unser Wunsch nach einer generellen Lernmittelfreiheit keine Mehrheit findet“, begründete Morsblech die Enthaltung ihrer Fraktion in den Abstimmungen.

Die Schulen sollten möglichst wenig mit Bürokratie belastet werden, stellte **Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD)** klar. Daher sei der frühere CDU-Antrag selbst bei einer Verabschiedung noch immer nicht umgesetzt. „Wir würden immer noch mit den Schulen wegen der Bürokratie verhandeln.“ Die Schulträger erhielten eine angemessene finanzielle Erstattung, die zum Teil aus einer pauschalen Erstattung bestehe. Der vorliegende CDU-Antrag „macht es nicht besser, sondern würde uns in neue Probleme stürzen“, wertete Ahnen. Der Zuschussbedarf für das neue System sei unvermeidbar. Dass das Gesetz mit den weiterführenden Schulen beginne habe den Grund, „dass wir bei der Schulform beginnen wollen, in der die Entlastung der Eltern am größten ist“. Alle hätten Recht, die sagen, „dass das ein Kraftakt wird, es zum kommenden Schuljahr hinzubekommen“. Sie gehe aber davon aus, dass im Herbst für über 200 000 Schüler und ihre Eltern dann die Entlastung greife.